



Was will eigentlich solchen allernachbarlichen Zuständen die kleine Partei einzelner Wähler bedeuten, gleichviel, welcher Partei sie angehören, die da meinen, durch doppelte Stimmabgabe den Ausfall der Wahlzettel in ihrem Sinne forcieren zu können? Die Wähler dürfen also eine wenig geeignete Gelegenheit ausgeübt, ihren Tränenrüssen anlässlich der eingangs erwähnten Bestimmungen Beschäftigung zu verschaffen.

### Tagesgeschichte.

Salle, 19. August.

#### Das Fazit.

Außer dem Geschäftsbericht, den wir jetzt in der Beilage des Volksblattes zum Ausdruck bringen, hat der Parteivorstand heute auch den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erstattet. Nach Besprechung der wichtigsten Vorformeln legten Reichstagsabgeordnete den parlamentarischen Tätigkeit der Fraktion wie folgt dar:

Der letzte Abschnitt der abgelauteten Legislaturperiode hat auch uns noch ferngehalten von inneren Forderungen, die die bürgerlichen Parteien betreffen, die die Staatsgewalt in immer unverbesserlicher Form den Privatinteressen des Kapitals dienbar zu machen. Alle Machtmittel, über die der Staatsoberhaupt und die Gesellschaft verfügt, wollen sie zusammenfassen, um sie als Ausbeutungsmittel zu Gunsten des Kapitals zu verwenden, und achten bei der Jagd nach diesem Ziel weder Gesetz noch Recht. Dies rücksichtslose Streben der Reichstagsmehrheit hat unsere Aufklärungsarbeit über die Tendenzen der bürgerlichen Gesellschaft, über die Notwendigkeit der Erringung der politischen Macht durch die arbeitenden Klassen und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ungemein erleichtert. Die Fraktion ist den Grundrissen der sozialdemokratischen Partei entsprechend auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und geistigen Lebens vorgegangen. So manigfache Gebiete auch die Tätigkeit der Fraktion erstreckt hat, auf so vielen Gebieten sie auch anregend, anspornend, vorwärtsdringend vorgegangen ist, niemals hat sie Augenblicke der Ruhe gekannt, die sie nicht auf die Hauptaufgabe aus den Augen gelassen. Sind von der bürgerlichen Mehrheit kleine Versetzungen auf einzelnen Gebieten hier und da durch jahrelange Kritik und jahrelanges Drängen erreicht — niemals hat die Fraktion darüber einen Zweifel gelassen, daß nicht das Ziel der am weitesten der Arbeiterklasse entgegenkommenden bürgerlichen Sozialpolitik das Ziel der Arbeiterklasse ist, nämlich, unter möglichst wenig unermesslichen Bedingungen sich ausbeuten zu lassen, sondern, daß die Arbeiterklasse von jeder Ausbeutung befreit werden muß. Jedes Angehörigen muß sich anstrengen, auf dem bisherigen Wege fortzufahren, jede Arbeiterklasse muß anstrengen, die Umwandlung des Privateigentums in Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und der kapitalistischen Warenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion zu beschleunigen. Die Erringung dieser Umwandlung ist nur durch den Klassenkampf ihres Ziels und der Notwendigkeit ihres Kampfes bewußter Arbeiter gegen den Kapitalismus möglich. Die Versuche der Gegner, durch Gewalttaten die Arbeiter einzuschüchtern und durch Verhüllung der Wahrheit oder durch ansehnliche Besuche einen Teil der Arbeiter von dem Kampfe abzuwenden fernzuhalten, werden schon an der zunehmenden Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital ab. Die gegen alle verdoppelte Verpöndung jedem einzelnen auf, die Ausbeutung der Arbeit den Indifferenten gegenüber vorzunehmen, und an seiner Stelle an der wirtschaftlichen und politischen Befreiung der Arbeiterklasse mitzuwirken. Die Fraktion war sich dieser Verantwortung und Pflicht bewußt und hat den ihr anvertrauten Kassen in der großen Siegesgewissheit ausgeführt, die das Bewußtsein der Arbeiter und Notwendigkeit des Sieges der Arbeiter über das Kapital verleiht.

#### Die Kaiserin.

Die Mitteilung von der geplanten Anlage eines neuen Kaiserpalastes auf der Kavalerieschloß hat bei der bürgerlichen Presse große Entrüstung erregt und wird mit verächtlichen Worten abgetan. Unter Zentalarbeit antwortet hierauf: Die großen Feinde der Monarchie die Verwandlung der Kavalerieschloß in ein kaiserliches Schloß planen, werden nicht wenig in ihrem Selbstbewußtsein verletzt sein, wenn sie die Bemerkungen lesen, die unsere Mitteilungen vom Sonntag über die Kaiserin in der bürgerlichen Presse hervorgehoben haben. Das allweil „leisere“ Berliner Tageblatt findet, daß unsere Notiz „merkwürdige“, um nicht zu sagen ungeheuerliche Einzelheiten“ enthalte: es vermerkt, daß der Vorwärt „auf einen sehr schlechten Geschmack hineingefallen“ sei und fügt schallhaft hinzu:

„Für Kaisergeschichten im Sinne des Tiberius ist wirklich in Deutschland keine gar kein Raum und ebensowenig irgendwelches Verhängnis vorhanden. Warum macht der Vorwärt nicht einige prägnante Andeutungen über die Hofintrigen, in denen solche hinteren überauslichen Pläne geschildert werden?“

Wenn der Tag gekommen sein wird, daß die Kaiserin in Form und Gestalt gewinnend, wird sich sicher das Berliner Tageblatt für sie übermäßig begeistern, und wir werden dann das Blatt an die Stunde verwegenen Leichtsinns erinnern, da es über „hinteren überauslichen Pläne“ zu können wagt. Das Berliner Tageblatt freilich wird dann seinen Artikel über die Kaiserin mit dem Satz einleiten: „Wie wir schon vor längerer Zeit mitteilen konnten —“

Unfallig aber ist's und genug von geschäftlicher Unaufrichtigkeit, daß ein Blatt, das sich so viel auf seine hervorragenden Informationen zu prahlen liebt, und seine diplomatische Rechercheure unterstellt, jetzt nicht einmal die geringsten diplomatischen Nachrichten über die Kaiserin mitteilen kann. Sonst müßte es ihm doch leicht geworden sein, durch eine Anfrage bei den hohen Vorgesetzten die Wichtigkeit unserer Mitteilungen bestätigt zu erhalten, deren Authentizität doch nicht nur sondern denen zur Last fällt, die solche bereits schwarz auf weiß verdächtige Pläne legen. Uebrigens ist ja das Projekt zwar sehr merkwürdig, aber doch bei weitem nicht so merkwürdig, wie vieles, was längst zur Tatsache, ja zur Gewohnheit geworden ist, wenn man's auch vordem nicht für möglich halten wollte.

Die tägliche Rundschau findet die Geschichte „selbst für die heiligsten Hundstöße zu phantastisch“ und spottet über das „Aufschloß des Vorwärts“. Wenn wir gestern den 1. April gehabt hätten, würden wir die Tatarengeschichte begrüßlich finden.“ Auch die Berliner Wochenschrift Nachrichten sprechen erst von einer „wichtigen Hundstagsgeschichte“, und dann von „solchem Unfug“. All das trifft natürlich nicht uns sondern die hohen Projektoren. Diese nationalen, patriotischen und monarchistischen Blätter untertragen also die heiligsten Autoritäten, wenn sie derart die tiefen Eingebungen von Herren,

welche die allernächste Umgebung des Thrones bilden, verächtlich höhnen.

Einwas klären hören hat aneinander übrigen die Post, die mit harmloser Weise schreibt, wenn an dieser Geschichte etwas wahr sein sollte, dürfte es höchstens der Plan sein, „in Bismarckwerber ein kaiserliches Schloß zu bauen, was ja auch gar nicht so absurd wäre bei den häufigen Besuchen, die der Kaiser in seinem bekannten Interesse für unser Meer dem Döberitzer Truppenübungsplatz abzuhalten pflegt.“

Die Post verachtet bereits die offizielle Begründung wiederzugeben, mit der man die Kaiserinleib demnächst fertig werden wird. Aber solche offizielle Begründung kommt zu spät. Die von den Urhebern des Planes wirklich verfolgten Zwecke haben wir am Sonntag mitgeteilt. Inzwischen wissen wir sich bemühen müssen, die offizielle Begründung weniger naiv zu gestalten, als es der Welt im ersten Dies gelungen ist. Seit wann baut man überall dort Schloß, wo ein Monarch ein paar Mal im Jahre vorbeikommt, und noch dazu gleich Familienmitglieder!

#### Wirtschafts- und Nationalsozial.

Zur Charakteristik einer gewissen Art der Freimissionsreise ist ein Brief des bekannten nationalsozialistischen Abgeordneten von Gerlach über das Berliner Tageblatt, das, wie die vorhergehende Notiz zeigt, vom Vorwärts beherrschend abgefragt wurde, wiederzugeben. Das Urteil, das in mancher Hinsicht auch auf unser Sallesches Freimissionsblatt zutrifft, lautet:

Der Typus eines vom Judentum mit all seinen Vorzügen und all seinen Schattenseiten fast beeinflussten Blattes ist das Berliner Tageblatt. Es ist nur ein verhältnismäßig unbedeutender Bestandteil des riesigen Zeitungs- und Annoncenunternehmens, das seinen Ursprung Herrn Rudolf Wolff, zum Beleg des teuersten Palastes Berlins, zum Herrn eines der schönsten Besitztümer der Mark und neubei zu einem vor weit wie vielfachen Millionen in der gemacht hat. Herr Wolff würde es ebenfalls für eine Beleidigung halten, wenn wir von ihm behaupteten, das Geschäft sei ihm nicht die Hauptsache. Er hat in Herrn Arthur Weisbach einen Geschäftspartner gefunden, der es meisterhaft versteht, die freimissionistische Politik so zu betreiben, daß das Geschäft des Herrn Wolff nicht darunter leidet, im Gegenteil! Das Blatt ist freimissionistisch, gewiß, etwa so freimissionistisch, wie die Oberbürgermeister von Berlin, die es fertig bringen, trotz all den Bedenken, Herrn Wolffs Namen so oben anzuheben. Wenn man nun im Verlaufe einer scharfen Oppositionsdebatte schlagen sieht, so daß man sich ganz erfordern fragt: Was wird wohl Freiherr v. Mirbach dazu sagen? So fann man gewiss im letzten Teil dafür ein reichendes Begründungsstückchen oder ein wenigstens ein Teilchen für das Herr Wolffs Namen so oben anzuheben. Wirtumismus und ein bischen Opposition können ganz gut zusammengehen. In entweichenden Fragen, da dari man natürlich keine Opposition machen. Ich war erfreut, daß der Berliner Zeitungsleser sich für die Bismarckfrage interessiert war. Denn man mag die Herren Weisbach und Wolff für noch so gute Bismarckliebhaber halten, hier wie immer deckte sich die politische Haltung des Blattes mit dem geschäftlichen Vermögen.

Das Urteil des Herrn von Gerlach klingt recht vernünftig und wenig schmeißelhaft für das Berliner Tageblatt. Nun kommt aber die Kritik des „Vorwärts“. Herr v. Gerlach schreibt so vor — 5. September im „Eintragspolitischen Wochenblatt“. Heute ist es mit den Nationalsozialen unter die Fraktion dieses von ihm ein mit den angegriffenen Berliner Tageblatts gekoren. Erst gestern haben die Berliner Nationalsozialen in einer Versammlung beschlossen, der Fusion mit der Freimissionistischen Vereinigung ihre Zustimmung zu geben. Mit vollem Rechte spottet daher die Münchener Jugend über Gerlach und seinem Freund Raumann, den Führer der Nationalsozialen:

Eintragspolitisch und sozial,  
Und legt da Du den Krenpel fatt,  
Gehört Du Dir zum Reichsorgan?  
Wah! — Das Berliner Tageblatt!

#### Die Fabriger Polizei vor Gericht.

Die bekannten Vorgänge von Stimmabgabe in Zabrze, Oberschlesien, kamen am Montag vor der Strafkammer zur Verhandlung. Am 25. Juni verammelten sich Arbeiter vor dem Mediationsstol eines bürgerlichen Blattes, um die Wahlresultate zu erfahren. Wäre die Zabziger Polizei fortgeblieben, hätte sich die Anmahnung nach kurzer Zeit aufgelöst. Aber der Wachmeister erschien und will die Leute wiederholt aufgefordert haben, auseinander zu gehen, die meisten Anwesenden behaupten, davon nicht gehört zu haben. Nun gegen die Zabziger Polizei ein Strafverfahren, die Menge vor sich her. Dabei sollen einige Steine gegen Polizisten geflogen sein. Dieser Tatbestand hat 14, zum Teil bis dahin unbescholtene Arbeiter wegen Anrufes auf die Anklagebank gebracht. Die Angeklagten erklären, an den Vorgängen vor der Geschäftsstelle des Wandersers gar nicht teilgenommen zu haben. Die meisten von ihnen haben Verletzungen erlitten, ehe sie überhaupt, zufällig oder angeleitet durch den Vorn, an den Tatort kamen. Die Polizisten hielten alle nieder, was ihnen in den Weg kam. Die Gebrüder Ogorek sind in der Mittelstraße von einigen Polizisten mit der Frage angehalten worden, wohin sie gingen: „Nach Hause“, war die Antwort. „Ich werde Euch den Weg nach Hause zeigen, Ihr Schmeiche!“ und sofort wurde mit dem Schloß eingeschlagen. Zwei loben, einer hinterlegt auf Boden. Nachher wurde er von seinen Freunden zum Kreis geführt. Unterm Weg wurden sie noch einmal von Polizisten angehalten und schließlich zur Wache geführt. Die Anklagefrist vermag übrigens auch nicht eine Beweistätigkeit herbeizuführen, welche geistlich wäre, ehe die Beamten zur blauen Waffe gezwungen haben.

Der Angeklagte Dornick war unterwegs von Polizeibeamten verlegt worden. Am nächsten Tag ging er zu dem profissionellen Arzt Dr. Nierenfeld, der ihm gleich sagte: „Das ist der erste Korsant. Sie werden gleich mit mir zur Polizei gehen.“ Und dann: „Ich werde Sie notieren und Sie der Polizei melden“, und das — sagt Dornick in der Verhandlung hinzu — hat er auch getan. In ähnlicher Weise sind Nowak und Strauß von Ärzten der Polizei übergeben worden. Der Angeklagte Jerschlich ist abends um 7 Uhr nach Hause gekommen und gar nicht mehr auf die Straße gegangen. Angeklagter Klimas: Auf dem Nachhausewege hörte ich den Wachmeister rufen: „Wer geht nicht gehen, das Steine geworfen wurden.“ Ich habe nicht gehen, das Steine geworfen wurden aber gehört, daß eine Aufforderung zum Auseinandergehen ergangen wäre. Als Zeugen sollen zuerst die Ärzte aus Zabrze vernommen werden. Der Vorleser schlägt vor, auf die Ärzte zu verzichten. Der Erste Staatsanwalt widerspricht. Rechtsanwält Noyanski (mit erloschener Stimme): Ich bitte, die Zeugen darauf aufmerksam zu machen, daß sie als Zeuge

nicht nur berechtigt sondern verpflichtet sind, Aussageverweigerung zu tun.

Der Vorleser fragt den Angeklagten Ogorek, ob er den Dr. Ogorek von der Amtsverweigerung entbinde. Ogorek sagt: „Nein.“ Dr. Ogorek befindet nicht Wichtiges und wird nicht den anderen Ärzten entlassen. Die Polizeibeamten geben ihre Aussagen im Sinne der Anklage mit auffälliger Uebereinstimmung. Die Polizeibeamten belasten fast übereinstimmend den Angeklagten Nowak, der laut gerufen haben soll. Gemeldet werden, Junge Kriminalbeamter Mlynarczyk: Bei dem Vorgang selbst war ich nicht. Ich habe Ermittlungen angestellt. Ich ging zu den Leuten und hörte, was sie erzählt haben. Vorleser: Gingen Sie auch zu diesem Zweck zu den Ärzten? Mlynarczyk: Ja, ich war bei Dr. Nierenfeld und bei Dr. Nierenfeld. Aus den zahlreichen Entlassungsausfagen wollen wir nur wenige hervorheben. Junge Steiger Korsant erzählt: Ich erhielt einen Steinwurf. Die Leute schloßen von der Bahnhofstraße; die Polizisten ließen hinterher und hielten mit scharfer Waffe auf Stiehende ein.

Klempnermeister Binowier: Ein Mann wurde von zwei Polizisten verlegt, mit Säbeln verwundet und zu Boden geschlagen. Eine Frau behauptet, daß ein Polizist dem anderen zugeworfen habe: „Dau doch drauf!“ Die Rede des Staatsanwalts brachte eine Ueberraschung. Er ließ die Anklage wegen Anrufes fallen und forderte die Bestrafung von zwei Angeklagten wegen Anrufes zu 3 Monaten und zu 4 Wochen Gefängnis. Von einigen Angeklagten gab er zu, daß die Verhandlung ihre volle Unschuld erwiesen habe. Die Verteidigung betonte, daß die Polizei unredlich stehende Leute mißhandelt habe. Man habe gänzlich unzulässige Leute 3 Wochen in Unterdrückung gehalten. Die Verteidiger beantragten für sämtliche Angeklagten Freisprechung. Das Gericht sprach sämtliche Angeklagten von der Anklage des Anrufes frei. Wegen Anrufes wurde Nowak zu 8 Wochen Gefängnis verurteilt. Die übrigen 13 Angeklagten sind freigesprochen worden. So endete die große Aktion der Zabziger Polizei mit einer jammervoll-täglichen Bloßstellung — der Zabziger Polizei. Wir lenken aber die Aufmerksamkeit der ärztlichen Kreise auf das demagogische, moral- und rechtswidrige Verhalten der beiden Ärzte in Zabrze.

Inszwischen hat die Redaktion der Gazeta Robotnicza einen neuen Prozeß — wegen Beleidigung der Zabziger Polizeibeamten in einem Artikel über den „Aufbruch“.

Wegen Kaiserbeleidigung verurteilte die Strafkammer zu Düsseldorf den Fabrikarbeiter Franz Kamp aus Opladen zu 6 Monaten Gefängnis. Die Beleidigung wurde in einer Eingabe des Kamp an den Kaiser gefunden.

Wer hat denn da den Angeber gemacht?

Beter auf der Pumpreise. Wie der Voss. Stg. zu Dresden gemeldet wird, seien zwei Abgeordnete des Reichstages Beter von Serbien seit Sonnabend in Dresden, um eine Million in Wechseln unterzubringen oder ein Darlehen in dieser Höhe zu erhalten.

Eine neue Festung? Nach der Bajer Stg. heißt der schweizerische Generalstab Informationen, denen zufolge Deutschland den Plan, Befestigungen bei Tullingen bei Baien anzulegen, wieder aufgenommen habe. — Die Befestigungen wären schon begonnen. — Seit vierzehn Tagen werden eifrige Berechnungen zwischen den kantonalen und eidgenössischen Behörden statt.

Zum Oberpräsidenten der Provinz Schlesien wurde, wie jetzt bekannt wird, der derzeitige Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, Graf von Zedlitz-Trützschler, ernannt. Zedlitz-Trützschler wurde im März 1891 Kultusminister, worüber damals sogar rechtslebende Blätter ihre Glößen machten; denn der oberste Herr der Professoren, Gymnasiallehrer, Pastoren, Medizinalräte etc., die höchste Instanz in allen wissenschaftlichen geistlichen und künstlerischen Fragen hatte nicht einmal das Gymnasium abgibt.

Sehr bald jedoch merkte man, daß seine Befähigung für diesen Posten in einer hervorragenden Geschäftsmäßigkeit zu suchen lie. Er legte im Frühjahr 1892 dem preussischen Landtage den berühmten Volkskatholikentwurf vor, der die preussische Volksschule ganz gemüthlich wieder in den Zustand der Spitzigkeit zurückgeführt hätte, wo man die Korporale zu Schulmeister machte.

Der reaktionäre Gelegenheit war aber damals, obwohl er die Majorität für sich hatte, so lebhaften Widerspruch, daß er zurückgezogen wurde und Zedlitz seinen Rücktritt nahm.

Zum Nachfolger im Oberpräsidium der Provinz Hessen-Nassau wurde der Regierungspräsident in Frankfurt a. D. von Windheim, früherer Polizeipräsident von Berlin, ernannt.

Den Voss zum Gärtner geleht hat sich der Verband Deutscher Kriegsveteranen, der am 16. August in Hamburg seine Generalversammlung abhielt und hier die bekannten Forderungen erhob, welche das „banbare“ Vaterland bisher leider beharrlich verweigerte und welche nur die Sozialdemokratie energig verfocht. Dann aber ging der Vorstand des Verbandes nach Friedrichshagen zum Fürsten Herbert Bismarck, dem von seinen Anhängern bis zur Ungültigkeitserklärung seines Mandats in den Reichstags hineingewanderten Abgeordneten für Zeitraum 1 und 2. Dielem unbedeutenden Vorgehen des ersten Reichstagskanzlers bot der naive Vorstand den Ehrenwort des Verbandes an; natürlich nahm der alte Ausgesessene die Ehrensache „hinter sich“ entgegen. Herr Bismarck hat bekanntlich im Reichstags gegen alle Anträge gestimmt, welche auf eine Sicherung und Erhöhung der Anführer der Kriegsveteranen hinausliefen. Die Kriegsveteranen haben also die Hand gefügt, von der sie gerettet wurden.

Schutz dem Fährliche! Kürzlich wurde berichtet, daß ein Reiteroffizier vom 4. Garde-Feld-Artillerie-Regiment in Potsdam, der zu einer Uebung eingesetzt war, von einigen Wachen wegen Nichterscheinens eines Fährlichen, von dem er nachher schließlich behauptet hatte, daß er betrunnen gewesen sei, zu 4 Monaten Festung verurteilt wurde. Das Urteil wurde nicht bestätigt, so daß jetzt gegen den Reiteroffizier, der Befehlssittlich ist, eine erneute Verhandlung stattfindet, bei welcher die Strafe auf 3 Monate Festung erhöht wurde, nachdem neue Zeugen vernommen waren.

Ein einjährig-freiwilliger Soldatenführer. Der einjährig-freiwillige Unteroffizier August Fournier, der 5. Kompanie des 23. Infanterie-Regiments in Saargemünd, im Zivilstandes Praktizant für das Verwaltungsfach, dürfte noch ein sehr schicklicher Referentunteroffizier werden. Denn er verheiratet es bereits jetzt, die Soldaten recht anständig zu behandeln. Es war, so berichtet die Pfälz. Post, am 30. Juni d. J., er hatte damals die Treffen noch nicht, war aber doch schon wohlhabender Offizier und verließ Unteroffiziersdienst, da sollte



**• Zweifelhafte in den Alpen.** Der 23jährige Lehrling ist von der Kaiser-Spitze abgestürzt und war auf der Stelle tot. Der 17jährige Bildhauer Oster aus Goll ist beim Übergang vom Stubei nach dem Seilraum abgestürzt und wurde schwer verletzt.

**• Ein letzter Zeremonie.** Aus Wiener - Neustadt wird gemeldet: Das hiesige Kreis-Gericht hat gegen den Barrer Johann Zeifert in Steinbrunn wegen Schändung zweier neunjähriger Mädchen die Unterbindung erlassen.

**• Im Kainal herrscht ein fürchterlicher Sturm.** Die See geht sehr hoch und alle Boenmerter kommen mit großer Verpöschung an. Mehrere erlitten Schicksal. - Aus Schuttlend werden in Folge des anhaltenden Regens große Ueberflutungen gemeldet; der Schaden an den Feldern ist groß, die gesamte Ernte ist vernichtet. Die Mauer des ersten Armeeforts, die beginnen sollten, wurden wegen des durch das Regenwetter sehr stark gemorderten Geländes aufgegeben werden.

**• Ihr Not in der Bretagne.** Aus Vorient wird berichtet: Die zum Gerdienfang ausgefahrenen Schiffe sind leer zurückgekehrt. Infolge dessen bleiben die Fabriken geschlossen.

**• Die Schwefelgruben von Calanisset (Italien)** sehen in Brand. 30 Arbeiter sind durch die ausströmenden Gase verunglückt; 15 davon sind tot, die übrigen befinden sich in Lebensgefahr.

der serbischen Armee schickte an dem Widerpruch des Belgrader Offizierspost. Ansen Korrespondenz wird deshalb nur als Oberst in die Armee eintreten.

**Budapest, 19. August.** Die Ostschaf Kohlbach ist vollständig niedergebrannt. Ein Kind fand den Tod in den Flammen, viele Personen erlitten schwere Brandwunden.

**Belgrad, 19. August.** Die von Königin Natalie unterstützte, noch immer sehr zahlreiche Partei der Odenrowitsch-Anhänger entwickelt eine sabelhafte Tätigkeit. Sie verbreitet Gerüchte, daß die heutige Kage unheilbar ist und daß es bald zu einer Umwälzung in der Regierung kommen werde, die die Vertreibung des Familie Karagorgewitsch zur Folge haben wird. Ueber die eventuelle Persönlichkeit der Familie Odenrowitsch, die als Kronpräsident ausgerufen ist, wird tiefstes Geheimnis bewahrt.

**Gestorben:** Arbeiter Nau Gier, 41 J. (Diakonienhaus). Rentiere Weiskopf, 79 J. (Friedrichsplatz 6). Schloßers Weidert, 1 Mon. (Fritz Reuterstr. 3). Schneiders Barzels, 1 Mon. (Cristiistr. 14). Wwe. Vogel, 76 J. (Burgstr. 33). Steinlebers Benz L., togeb. Gordenberger, 37. Geschäftsführers Sanderhansen L., 7 Mon. (Friedrichsstr. 30). Langemanns Meie, 60 J. (Diakonienhaus). Aldermanns Tolle Gherau, 30 J. (Klinik). Selma Born, 56 J. (Klinik). Keeling Buchner, 17 J. (aus Andenau).

**Galle (Nord, Burgstraße 38), 18. August.**

**Geboren:** Arbeiter Zimmermann C. (Friedrichstr. 8). Fabrikanten Gaiser E. (Heilstr. 114). Arbeiter Anorg Jgn. (Gabelsbergerstr. 15). Arbeiter Sommer S. (Trothaerstr. 38). Steinlebers Wöhe S. (Gärtnerstr. 40).

**Gestorben:** Arbeiters Friedland E., 2 J. (Heilstraße 27 a). Maschinenführer Glander L., 2 Mon. (Eisenener Gasse).

**Galle (Süd, Steinweg 2), 18. August.**

**Aufgehoben:** Kaufmann Siegler und Martha Gottmann (Neue Bromende 7 und Vorkendelstr. 6). Tischler Dietrich und Marie Weidenreich (Kadegall und Gerhardsstr.).

**Geboren:** Sellner Berner F. (Heilstr. 9). Arbeiter Beilecke L. (Alte Bromende 7). Schuhmacher Wardenrich L. (Gr. Klausstr. 12). Weiser Gerhardt L. (Zweibrückerstr. 13).

**Gestorben:** Geh. San.-Rat Dr. med. Wille, 70 J. (Grote Steinstr. 10). Bergmann Hüttig, 31 J. (Brünzstr. 11). Theresie Meisch, 45 J. (Kneipenstr. 20). Arbeiters Gertel S., 1 J. (Gudwighstr. 3). Arbeiters Jendtsch E., 1 J. (Zweibrückerstr. 11). Fleischermeisters Schumann L., 3 Mon. (Friedrichsbergstr. 36). Kaufmanns Hendrich Gier, 41 J. (Klinik). Wwe. Hoff, 77 J. (Wertheburgerstr. 158). Kamilla Grimmer, 20 J. (Klinik).

**Briefkasten der Redaktion.**

**Francois.** Wenn Ihr an sich nicht übles Gedächtnis eine per hällche Witte haben soll, dann ist diese nicht schon genug hervorzuheben. Soll das Gedächtnis aber nur ein Stimmungsbild ohne persönliche Spitze sein, dann ist es inhaltlich doch zu unbedeutend.

**Stiller Leser.** Schon möglich, daß Herr Gnan seine Rede gehalten hat, eben weil er wußte, daß die Stimmung auch in „besseren“ Bürgerkreisen durchaus nicht so besorgt ist, wie gewünscht wird, und daß er durch ein Gedächtnis gegen das Volksblatt die Ungeheueren an ihre patriotische Pflicht mahnen wollte. Uns kümmert jedoch der Beweggrund des Herrn G. nicht. Wir nahmen nur Gelegenheit, ihm, der sich als Vertreter der „freien Rede“ aufstellte, aber freie Rede nicht betragen kann, die verdiente Tadel zu verlesen.

**Burgstraße.** Das genannte Wort ist nicht geipert; es ist nur nicht zu Veräulungen benutzt worden. Ihre Karte ist der örtlichen Parteiliste übergeben worden.

**Standesamtliche Nachrichten.**

**Galle (Nord, Burgstraße 38), 17. August.**

**Aufgehoben:** Schloßers Juhl und Margarete Eppold (Wöllberg und Friedrichstr.).

**Geboren:** Geschäftsführer Weiser S. (Gr. Goienstr. 39). Zäureber Jentel S. (Heilstr. 126). Metalldreher Hänge S. (Gr. Wallstr. 2). Beamten Kremlich S. (Al. Goienstr. 5). Arbeiter Kauer S. (Albrechtstr. 37). Arbeiter Wöhler L. (Gr. Goienstr. 20). Schloßers Koch E. (Gr. Goienstr. 3). Arbeiter Ulrich S. (Heidstr. 8). Geschäftsführer Gassen S. (D. Klausstr. 7). Arbeiter Weie S. (Trothaerstr. 2). Sellner Berner S. (Cristiistr. 9).

**Gestorben:** Arbeiter Nau Gier, 41 J. (Diakonienhaus). Rentiere Weiskopf, 79 J. (Friedrichsplatz 6). Schloßers Weidert, 1 Mon. (Fritz Reuterstr. 3). Schneiders Barzels, 1 Mon. (Cristiistr. 14). Wwe. Vogel, 76 J. (Burgstr. 33). Steinlebers Benz L., togeb. Gordenberger, 37. Geschäftsführers Sanderhansen L., 7 Mon. (Friedrichsstr. 30). Langemanns Meie, 60 J. (Diakonienhaus). Aldermanns Tolle Gherau, 30 J. (Klinik). Selma Born, 56 J. (Klinik). Keeling Buchner, 17 J. (aus Andenau).

**Galle (Nord, Burgstraße 38), 18. August.**

**Geboren:** Arbeiter Zimmermann C. (Friedrichstr. 8). Fabrikanten Gaiser E. (Heilstr. 114). Arbeiter Anorg Jgn. (Gabelsbergerstr. 15). Arbeiter Sommer S. (Trothaerstr. 38). Steinlebers Wöhe S. (Gärtnerstr. 40).

**Gestorben:** Arbeiters Friedland E., 2 J. (Heilstraße 27 a). Maschinenführer Glander L., 2 Mon. (Eisenener Gasse).

**Galle (Süd, Steinweg 2), 18. August.**

**Aufgehoben:** Kaufmann Siegler und Martha Gottmann (Neue Bromende 7 und Vorkendelstr. 6). Tischler Dietrich und Marie Weidenreich (Kadegall und Gerhardsstr.).

**Geboren:** Sellner Berner F. (Heilstr. 9). Arbeiter Beilecke L. (Alte Bromende 7). Schuhmacher Wardenrich L. (Gr. Klausstr. 12). Weiser Gerhardt L. (Zweibrückerstr. 13).

**Gestorben:** Geh. San.-Rat Dr. med. Wille, 70 J. (Grote Steinstr. 10). Bergmann Hüttig, 31 J. (Brünzstr. 11). Theresie Meisch, 45 J. (Kneipenstr. 20). Arbeiters Gertel S., 1 J. (Gudwighstr. 3). Arbeiters Jendtsch E., 1 J. (Zweibrückerstr. 11). Fleischermeisters Schumann L., 3 Mon. (Friedrichsbergstr. 36). Kaufmanns Hendrich Gier, 41 J. (Klinik). Wwe. Hoff, 77 J. (Wertheburgerstr. 158). Kamilla Grimmer, 20 J. (Klinik).

**Quittung.**

Für die gemärgelten Mansfelder gingen ein: Von der roten Kotte bei einer Kindtause 4 Mark. G. Schmidt.

**Arbeiter-Sekretariat, Salk a. S.,**  
Geißstraße 21, 1. Hof rechts.  
Geöffnet nur Werktag von 9<sup>1/2</sup>—1<sup>1/2</sup>  
und 4—8 Uhr.  
**Sonnabend nachmittag geschlossen.**  
Unentgeltliche Auskunftserteilung in gewerblichen Streitigkeiten, über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung, über Arbeiterbüros, Vereins- und Veramittlungsrecht, sowie über das Fabrikinspektorat u. s. w.  
Verantwortlicher Redakteur: Robert Gette in Salk.

**Letzte Nachrichten.**

**Berlin, 19. August.** Der Vortwärts hält gegenüber dem Demetri der Nordd. Allgem. Ztg. seine Schanztungen, daß auf der Insel Nibelunder ein Kaiserthron erbaut werden soll, im ganzen Umfang aufreist und will den Beweis für die Wahrheit erbringen.

**Bresden, 19. August.** Wegen Majestätsbeleidigung ist Genosse Ritzke, Redakteur der Sächsl. Arb.-Ztg., am Dienstag zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt worden.

**Budapest, 19. August.** In Isabellisch (Kroatien) überfallen gestern ungarische Bauern das Bahnhofsgebäude, mo anlässlich des Geburtstages des Königs die ungarische Flagge gehißt war. Die Bauern wollten die Fahne herabreißen. Weiteren Meldungen zufolge kam es auch in anderen Orten Kroatiens zu blutigen Zusammenstößen zwischen Gendarmen und Bauern. In Kosina wurden 2 Personen getötet und zahlreiche andere schwer verletzt.

**Wien, 19. August.** Die Ernennung des Bringen Karagorgewitsch, des Bruders des Königs, zum Generalissimus

**ANZEIGEN.**

Diejenigen Geschäftsleute, welche nur in bürgerlichen Blättern inserieren, befinden damit, daß sie auf die Arbeiterkundschaft verzichten.

Leser und Leserinnen!  
Verdächtigt bei Euren Einkäufen in erster Linie die Geschäftsleute, die im Volksblatt inserieren.

**Donnerversammlung zu Trebnitz bei Luckenau.**  
Sonntag den 30. August 1903 nachmittags 3 Uhr im Krugischen Lokale, hierelbst

**General-Verammlung.**

Tagesordnung:  
1. Wahl eines Vorstands und dreier Aufsichtsratsmitglieder.  
2. Wahl eines Vorstandsmittgliedes (Kassierer).  
3. Geschäftliches.

Trebnitz, den 18. August 1903.  
Der Aufsichtsrat des Donnerversammlungs zu Trebnitz bei Luckenau. G. G. u. h. G.  
Hermann Meine, Vorsitzender.

**Arbeiter - Radfahrer - Verein „Freie Radler“, Zeitz.**  
Donnerstag den 20. Aug. abds. 8 Uhr  
**Versammlung**  
in Wagners Restaurant, Voigtstraße.  
Aufnahme neuer Mitglieder.  
Der Vorstand.

**Turnverein „Frieden“, Sangerhausen.**  
Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.  
Donnerstag den 23. August nachm. 8<sup>1/2</sup> Uhr im „Gerrentrug“  
**Feier d. 1. Stiftungsfestes**  
bestehend in Konzert, Schauturnen und Ball.  
Hierzu ladet Freunde und Gönner des Vereins ein. Der Vorstand.

**Achtung, Hohenmölsen.**  
Sonntag den 23. August mittags 12<sup>1/2</sup> Uhr vom Bahnhofsrestaurant  
**Abfahrt zum Parteeifest in Teuchern.**  
(12.45 Uhr.)  
Büchliches und zahlreiches Erntedienem erwartet. F. A. Albin Reinold.

**Walhalla-Theater.**  
Direktion: Richard Hubert.  
Neues reichhaltiges Programm.

**Otto Reutter,**  
Deutschlands größter Summarist.  
Georg u. Gast Eder in ihrer herrlichen Abenteuer. Neues Repertoire.  
Los Orig. Belampagos. Bortere: Akrobaten. Schmelzer Volini, Fantaste u. Charakter-Tanz. Bobbi u. Blau, musikalisch-komische Brothers Ueberle. Summaristen an der persischen Stange. Rosa de Orth. Gelangsthorbrette. Amerikan Bioskope, sensationelle lebende Photosarbeiten. Reine Preisreduktion.

**Gasthof zum Bahnhof, Deuben.**  
Zu meinem am 23. und 24. August stattfindenden  
**Vogeljähren,**  
wobei Sonntag Ball und Montag Abonnements-Konzert stattfindet, lade ganz ergebenst ein.  
G. Hartmann, Gastwirt.

**Wittenberg.**  
Sonabend den 22. August abends 8 Uhr im „Kronprinz“ zu Klein-Wittenberg

**Apollo-Theater**  
Täglich 8 Uhr. Täglich 8 Uhr.  
Die beliebten Fritz  
**Steidl-Sänger**  
Neu! Zum todtachen „Familie Sumbert“.  
Mit Vorlesung von Fritz Steidl.  
Nur bis Mittwoch, dann neues Programm.

**Zeitzer Bade- u. Massage-Anstalt**  
Befalozzistraße. Gustav Scholz.  
Geöffnet von früh 7 Uhr bis abends 8 Uhr.

**Walkotte-Abend.**  
Registrier moderner Dichtungen ersten und heiteren Inhalts.  
Hara Viebig: „Der Singelunge“ - Adrians: „Wilms Verdegaffen“ - War Hoffmann: „Der heite Grog“ - Die Antwort der Kapitalkisten“ - Hans Zeinr. Emers: „Der Wittkäter“ - Die Sammelherbe: „Dürum und Hiese“ - Peter Kologger: „Der Stiefelstuch“ - „Der Regenichim“.  
Nachdem: **Tanzkränzen.**  
Eintritt 15 Pf. pro Person.  
Um zahlreichen Besuch aller Arbeiter bittet Das Gewerkschaftsblatt.

Freitag: **Frische Wurst u. Bratwurst**  
F. Bernich, Zeitz, Mittelstr.  
Freitag: **Schlachte-Fest**  
K. Kämpfe, Zeitz, Kaiser Wilhelmstr. 26.  
Freitag: **Schlachte-Fest**  
Franz Heilmann, Zeitz, Nikolaistr. 6.

**Neu! Zigaretten! Neu!**  
Probieren Sie  
Nr. 60 10 Stück 55 Pf.  
Nr. 65 10 Stück 60 Pf.  
**A. Gross, Geißstr. 5.**  
Kinderwagen u. 8 Mt., bl. Knabenmatrosenkleid, wie neu, zu verkaufen  
Fleischerstraße 29.  
Aquarium verl. Giedendorferstr. 21, 1.

**Kranken- u. Sterbefälle des Maurergewerks zu Halle a. S.**  
Sonntag den 23. August nachm. 3<sup>1/2</sup> Uhr an in den Ballfäden  
**Sommerfest**  
bestehend in Konzert, Blumen Verlosung und Ball.  
Hierzu ladet freundlich ein Der Vorstand.

**Grude-Ofen**  
in allen Preislagen v. 5.50 M. an empfiehlt  
**K. Feustel,** Schloßstr. 8  
Kurtelhof 8 u. Herrenstr. 20.

**Getrag. Militärstiefel** in allen Größen bei **Fr. Hennecke, Kl. Ulrichstr. 16.**

Sieben erziehen:  
**Der illustrierte Neue Weltkalender**  
für das Jahre 1904  
mit einem bunten Titelbild  
„Die Kohlenfämlerin“.  
Preis 40 Pf.  
Su haben in der **Volksbuchhandlung, Geißstraße 21.**

**Wische, Lederlett, Appretur, Crème, Stiefellack, jähwärt u. jäh.**  
**F. Noah, Lederhandlung,**  
Salk a. S., Gr. Klausstr. 7.  
Verkaufe wegen Fortzug 1 Blüch u. Stofflos, 1 Bett u. Matr., 2 Tische, 1 Kom. 6 Stühle, 1 Wbd.-Koffer u. gr. Schuh. Niederstr. 1, 11.

**Ganz Halle für 20 Pf.**  
Ausgabe 1903.  
Zu beziehen durch sämtliche Aus-  
träger und die  
**Volksbuchhandlung.**  
Wohnungen zu 60 Pf. per sofort  
über 1. Oktober zu vermieten  
**Deesenerstraße 11.**  
Wohnungen enthaltend 2 Stuben,  
Kammer, Küche, Korridor zc. a. Breite  
von 210—230 Pfd. per 1. Okt. d. J. zu  
vermieten **Deesenerstraße 13 e.**

**Schwetschkestr. 9**  
ist eine freundliche Wohnung an ruhige  
anständige Leute zum Preise d. 70 Zhr.  
per 1. Oktober zu vermieten. Zu er-  
fragen bei  
**Oskar Heller, Steinweg 32.**  
Am Hauie Reipsigerstraße 11 in  
Zeitz ist eine  
**Wohnung**  
bestehend aus 2 Zimmern, Küche und  
Zubehör am 1. Oktober cr. zu ver-  
mieten. Näheres zu erfragen bei  
**F. Goldschmidt, Kalkstraße 23.**

**Weißenfels. Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Allen Kollegen und Genossen hier-  
durch zur Nachricht, daß am 17. August  
unser Kollege, der Veiser, jeglicher Klassen-  
bote  
**Eduard Pergelt**  
plötzlich gestorben ist. Wir verlieren in  
ihm ein treues Mitglied und werden  
leider gedenken.  
Die Beerdigung findet Donnerstag  
um 6 Uhr von dem Kranzengaste aus  
statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bittet  
**Die Ortsverwaltung.**

**Dankagung.**  
Tief ergriffen durch die vielen Be-  
weise aufrichtiger Teilnahme und über-  
aus reichlichen Kranzengaben jagten mir  
allen Freunden und Bekannten, die  
unserem lieben Genossen die letzte  
Ehre erwiesen, ungenügendem Dank.  
Dank auch Herrn Rediger Herrg für  
seine treuherzigen Worte an Grabe,  
sowie seinen lieben Kollegen der be-  
teiligten Vereine, welche ihn zur letzten  
Ruhe geleiteten.  
**Johanna Regber u. Söhne.**

### Bericht des Vorstandes an den Parteitag zu Dresden 1903.

Der fünf Jahre hindurch das Parteileben im Solinger Kreis leitende Bundesrat ist endgültig befristet. Eine am 5. September in S. abgehaltene und Besprechung der zuständigen Genossen zeigte das erfreuliche Resultat, daß der sozialdemokratische Arbeiterverein sich bereit erklärte, sich aufzulösen und seine Mitglieder dem sozialdemokratischen Volksverein zuzuführen. Die getroffenen Abmachungen sind lokalverfehlter gehalten und ausgeführt worden. Im Verfolg der zu stande gekommenen Einigung, hob dann eine am 15. Februar dieses Jahres in S. abgehaltene Kreisparlamentsversammlung den früheren Beschluß auf, durch den eine Anzahl Personen aus der Partei ausgeschlossen worden waren. Die wiederhergestellte Einheit der Partei im Kreise Solingen hat die schönste Krönung durch die Wiedererhebung des Reichstagsmandats bei den diesjährigen Reichstagswahlen erhalten.

Nach unserer vierteljährlich zur Veröffentlichung gelangenden Zusammenstellung über zur Zeit 39 Arbeitersekretariate die von den treuen Genossenschaften gegründet sind und unterhalten werden, ihre Tätigkeit an. In Ausführung eines Beschlusses des vorjährigen Genossenschaftstages ist am 1. Januar d. J. in Berlin das Zentralarbeitersekretariat errichtet worden. Durch die von Berliner Genossenschaftsmitgliedern am 21. September 1902 vollzogene Wahl wurde der Genosse Robert Schmidt zum Sekretär und Genosse Gustav Bauer zum Bureaubeamten gewählt. Die dem Zentralarbeitersekretariat zugewiesenen Aufgaben beziehen in der Wahrnehmung der Termine an Reichsversicherungsamt und in der Aufnahmearbeit an die Arbeitersekretariate und sonstige Anfragen. Die Bedeutung der Arbeitersekretariate wird auch von den zuständigen Behörden gewürdigt. Der Präsident des kaiserlich Statistischen Amtes in Berlin hat die Arbeitersekretariate und Genossenschaftstabelle zur Mitarbeit durch folgendes Zirkular im Oktober v. J. aufgefordert:

Von der arbeiterstatistischen Abteilung des kaiserlichen Statistischen Amtes wird die Herausgabe einer monatlich erscheinenden Zeitschrift vorbereitet, in welcher arbeiterstatistische Daten und sonstige für die Arbeiterverhältnisse bedeutsame Mitteilungen zusammengefaßt und veröffentlicht werden sollen. Für das Zustandekommen und für eine den praktischen Bedürfnissen entsprechende Ausgestaltung dieser Zeitschrift ist es erwünscht, daß alle hiesigen Kreise der Arbeiterstatistik das bei Ihnen etwa vorhandene einschlägige Material zur Verfügung stellen.

An das Genossenschaftsstatistik r. richte ich daher das ergebende Ergebnis, fortan der Abteilung für Arbeiterstatistik regelmäßig die dortigen Jahresberichte und etwaigen sonstigen Veröffentlichungen, Protokolle usw. zugehen zu lassen (wenn möglich in drei Exemplaren).

Wir sind überzeugt, daß kaiserlich Statistische Amt wieder in den Arbeitersekretariate treue und zuverlässige Mitarbeiter gefunden haben.

Der Streit um die zweimächtigste Organisationsform der Genossenschaften ist leider noch nicht gänzlich verflümmet, wenn er sich auch nur noch auf wenige Parteitage beschränkt. Unter den wenigen Parteitagen, die in Frage kommen, nimmt Berlin die erste Stelle ein. Aus diesem Grunde ist sich der Parteivorstand veranlaßt den Versuch zu unternehmen, die getrennt marchierenden Genossenschaftsorganisationen anzuregen, in Verhandlungen über eine Vereinigung einzutreten. Die Annahme hatte den Erfolg, daß unter der Leitung des Parteivorstandes am 22. März eine Sitzung der Beteiligten stattfand. Das Ergebnis der Verhandlungen war das Uebereinkommen, daß während der Zeit der sich abendenden Verhandlungen jeder Teil Angriffe sowohl in Verammlungen wie in der Presse zu unter-

lassen habe, und etwaige Publikationen sich im Rahmen streng sachlicher Erörterung zu halten hätten. Anfolge verschiedener sich geltend machender Einsprüche konnten die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Die Erledigung mußte bis nach dem Parteitag verschoben werden.

Der 2. Baurarbeiterkongress ist vom 29. März ab in Berlin abgehalten worden. Derselbe war sehr zahlreich auch von ausländischen Delegierten besucht.

Im Herbst ds. J. finden die preussischen Landtagswahlen statt, an denen sich die preussischen Genossen allgemein zum erstenmal beteiligen. Um die Vorarbeiten der Wahlaktion in die Wege zu leiten und um den Genossen eine feste Richtschnur der einzuhaltenen Politik zu geben, fand am 26. März ds. J. in Berlin eine Konferenz preussischer Delegierter statt, die von 92 Teilnehmern besucht war. Die Verhandlungen wurden von dem Genossen Singer geleitet. Genosse Kronz hatte das Referat übernommen, dem die bekannte, vom Parteivorstand vorbereitete Resolution als Grundlage diente.

Die Resolution wurde von der Konferenz einstimmig angenommen. Mehrere Provinzialparlamentarier haben sofort nach dem Abschluß der Reichstagswahlen die Agitation für die Landtagswahlen begonnen.

Das Gleiche gilt von unseren Genossen in Sachsen, die sofort nach ihren glänzenden Reichstagswahlerfolgen unmittelbar die Agitation für die Landtagswahlen aufnehmen mußten. Es scheint, daß die sächsische Regierung unter dem Druck der für sie so außerordentlich ungünstig ausgefallenen Reichstagswahlen eine Reform des sächsischen Landtagswahlrechts vornehmen will. Bei der durch und durch reaktionären Natur der sächsischen Regierung und der Feigheit und Charakterlosigkeit der sächsischen Bourgeoisie darf man von dieser Reform nicht viel erwarten. Unsere sächsischen Genossen erhalten eine intensive Wahlaktion mit der Forderung: Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und gehehnen Wahlrechts.

Von der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Berlins ist im Anschluß an die 2. Gemeindevorstanderversammlung der Provinz Brandenburg eine Agitationskommission eingeteilt mit dem Zweck, die Gemeindevorstanderversammlungen auf der Grundlage eines Programms für die Gemeindepolitik sozialdemokratischer Gemeindevertreter zu betreiben. Die Kommission hatte an den Parteivorstand das Ersuchen gerichtet, im Anschluß an die preussische Konferenz zur Vorbereitung der Landtagswahlen eine Konferenz der preussischen Gemeindevertreter stattfinden zu lassen. Der Parteivorstand lehnte dieses Ersuchen ab mit dem Hinweis, daß sich einer der nächsten deutschen Parteitage generell mit der Festsetzung allgemeiner Leitsätze für die Gemeindevorstände befassen wird. Die Kommission beabsichtigt deshalb, die Konferenz preussischer Gemeindevertreter erst stattfinden zu lassen, nachdem sich der deutsche Parteitag mit der Angelegenheit befaßt haben wird.

Organisation. Dem Ausbau der Organisation widmen die Genossen allerorts die größte Aufmerksamkeit und mit Recht. Beruht doch auf einer guten Organisation der Erfolg des Kampfes und die Möglichkeit, erwünschte Positionen zu behaupten. Wiederrum ist eine größere Anzahl Parteitage und auch Wahlkreise dazu übergegangen, Wahl- resp. Kreiswahlvereine mit festen Beiträgen zu bilden, um der Agitation eine feste und gesicherte Grundlage zu geben. Durch die Reichstagswahlaktion gefördert, ist in fast allen Wahlvereinen die Mitgliederzahl in erheblichem Maße gestiegen und damit eine wesentliche Aufbesserung der Parteizahlen erzielt.

Der Münchener Parteitag erteilte dem Parteivorstand den Auftrag, eine zweifelhafte Form einer Aenderung des § 2 des Organisationsstatuts vorzubereiten. Die Aenderung

ist deshalb notwendig geworden, weil das bayerische Landesorganisationsstatut bestimmt, daß jeder Genosse dem Wahlverein angehören muß, an dem er seinen Wohnsitz hat. Mit dieser Bestimmung ging der aus dem Wahlverein ausgeschlossene Genosse der Möglichkeit verloren, in Bayern Parteigenosse zu sein, während er es für das übrige Deutschland blieb. Das ist ein unhaltbarer Zustand, dem nicht anders zu begegnen ist, als daß auch der Ausschluß aus dem Wahlverein durch scheidendes Verfahren zu erfolgen hat und der so herbeigeführte Ausschluß aus dem Wahlverein dem Ausschluß aus der Gesamtpartei gleichzusetzen ist.

Der Parteivorstand schlägt deshalb folgende Aenderung des § 2 des Organisationsstatuts vor und empfiehlt dieselbe dem Parteitag zur Annahme.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines großen Vertriebes gegen die Grundzüge des Parteiprogramms oder wer sich einer erfolglosen Kandidatur schuldig gemacht hat.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Die Hälfte der Mitglieder wird von denjenigen bezeugt, welche den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Orten oder Wahlkreisen, in denen die Geschichte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß aus der Gesamtpartei gleich zu achten. Der Ausschluß aus einer solchen Organisation darf daher nur im Wege des vorstehenden scheidenden Verfahrens und der Organisation der politischen Sozialdemokratie eine Verhängung und Einigung herbeizuführen, hat der Parteivorstand sofort nach dem Parteitag entprochen und die diesbezüglichen Verhandlungen in die Wege geleitet. Es haben zu diesem Zweck zwei Konferenzen stattgefunden, die erste am 10. Oktober v. J. und die zweite am 19. Januar d. J. Das Resultat war ein negatives.

Die Organisation der politischen Sozialdemokratie bleibt außerhalb des Rahmens der deutschen Sozialdemokratie stehen. Wir haben zu derselben keine anderen Beziehungen als die durch die internationale Interessengemeinschaft bedingten.

Doch seitigen die Verhandlungen inwieweit ein praktisches Resultat, als durch dieselben angeregt, die Genossen der deutschen Sozialdemokratie in Polen und Oberschlesien sich über die in den beiden Bezirken aufzuführenden Kandidaten verabschiedeten und über die Verhältnisse zu den Sozialisten einigten wurde somit die Einigung der beiden Organisationen auch nicht erzielt, so wurde doch das Streiklosteil befristet, das für den Münchener Parteitag die Urkunde war, dem Parteivorstand den Auftrag zu einem Versuch der Einigung zu erteilen.

Betreffs der Mitarbeit von Parteigenossen an anderen Blättern trat der Parteivorstand folgende Entscheidung:

Der Unterzeichnete ist veranlaßt worden, über einige Fragen seine Meinung abzugeben, die seit längerer Zeit größere Kreise der Partei beschäftigen und eine Stellungnahme nötig machen.

1. Kann es mit den Interessen der Partei für vereinbar erachtet werden, daß Parteigenossen als Redakteure und Mitarbeiter an bürgerlichen Tageszeitungen tätig sind, in

### kleines Feuilleton.

**Die Wache der Wagharen.** Im Anschluß an unsere gefrige Feuilleton-Reihe: Der Feldzug an der W. W. lag, ist noch mitgeteilt, daß der Münchener Jugend für die ungarischen K. V. der W. W. entzogen worden ist.

**Vom Palast des Reichstagspräsidenten.** Gegenüber dem prunkvollen Reichstagspalast vor dem Brandenburger Tor zu Berlin ist jetzt, nicht am Ufer der Spree, der Palast des Reichstagspräsidenten äußerlich vollendet. Während liegt der malige Bau da, gegen den der Reichstagspalast und die Prinzreguliers Unter den Linden verhältnismäßig nur ein genau im Stile des Reichstagsgebäudes angefügt. Er liegt aus wie ein aus dem Stoffe des Berliner Prunkgebäudes herausgewachsenes Glied. Mächtige Säulen tragen das Dach. Eine monumentale Treppe führt zu einem großen Empfangs- und Festsaal empor. Nach den Reichstagsfeierlichkeiten vor dem Palast ein prächtiger Garten aus, der wiederum von einer monumentalen Mauer umgeben ist. Gegenwärtig ist man im Innern mit der Einrichtung und Einrichtung beschäftigt. Denn das Gebäude wird auch auf Kosten der Reichsleierzahlung mit seinen Zaken, eichernen Leinwandeln, schweren Teppichen und sonderbaren Möbeln ausgestattet. Dann soll der Reichstagspräsident in diesem Gebäude seine Behausung haben. Natürlich wird er auch auf Reichstagsfeierlichkeiten, Feste und Empfänge in Form von Repräsentationskosten bewilligt bekommen. So wird der Reichstagspräsident eine Repräsentationsperson in der vornehmsten Welt Berlins werden. In seinen Empfangsabenden wird man Minister, Abgeordnete, Vizepräsidenten, höhere Beamte, feiernde Gäste kommen sehen. Der Präsident wird eine Persönlichkeit innerhalb der Berliner „Gesellschaft“. Neben ihm werden die beiden Vizepräsidenten emporenwachen. Alle diese Repräsentationsangelegenheiten sind zwar nicht in der Reichstagsordnung begründet, aber sie werden sich herausentwickeln. Der Reichstagspräsident dient also auf jeder „Gesellschaft“ mit ihren Rechtsbrüder. Am Tag dafür wird sie ihn wiederwählen, ihm Repräsentationskosten bewilligen und ihn in das Prunkgebäude gegenüber dem Reichstagsgebäude einzulassen lassen.

**Die falsche Nationalhymne.** Vor 40 Jahren, am 16. August 1863, wurde in Frankfurt a. M. ein großer Fälscherkongress abgehalten. Sämtliche Herren von Gottes Gnaden mit Ausnahme des Königs von Preußen, der von der „fälschlichen Babelschöpfung“ nichts wissen wollte, waren verammelt. Der Frankfurter Dialekt-Dichter Stolze, der zur selben Zeit noch die berühmte Fälscherbesetzung redigierte, hat damals durch seinen „Pampelmann“ die bis zum 1. September verammelten Fälscher

hals mitgenommen. Viel gelacht wurde namentlich über die bispähen Wähe, die Stolze über den Aufsatz der Fälscher vor den Wägern (altes Gebilde, in dem die Kaiserkrönung vor sich ging) rüh. Auf dem Wähe war eine Musiktafel angebracht, welche die Ansätze hatte, jedem der zahlreichen Landesväter „seine“ Volkshymne zu spielen. Da gab es natürlich viele Beschwerden. Denn der Herr Musikdirektor wußte viel besser, „was gesungt wird“, als wie die Fälscher auszuweisen. Freund ein Fälscher, der dem Kaiser Franz Joseph von Oesterreich sehr ähnlich sah, wurde z. B. für den „Oesterreicher“ gehalten und mit Würde begann die Kapelle:

Gott erhalte, Gott beschütze unseren . . .  
Nicht, nicht! machte der Zeremonienmeister, und die Kapelle brach ab und spielte was anderes. „Es war der net, den Gott erhalte selb!“ beherrschte der „Pampelmann“ darauf die Umstehenden. . .

**„Gehliches Andichtsbüchlein.“** Der dritte — anscheinend glückliche — Ehe des Lieberherrn-Dichters Ernst Freiherr von Wolgogen mit Frau Laura geb. Seemann denken wir nunmehr die Absicht, einen gemeinsamen Roman mit Walter verfassten Gedichtsammlung. Das bekannte Künstlerpaar dichtete sich in dem „Gehlichen Andichtsbüchlein“ in meist feinen, lustigen Versen abwechselnd gegenseitig an. Aus dem launigen Buche hier eine Probe:

**Berliner Sonntag.**  
Weltabfuhrtag. Au, der Graus!  
Wer kriechen wir nicht aus dem Bau heraus.  
Die Luft weht fett von Sommersdäuten,  
Blühler, die ihre Familie läuten,  
Bretterfüllen und Kinderwagen,  
Gereitete und Gummifragen,  
Ladenmännlein mit dicken Wädeln,  
Nebt ihren Konfuis auf blanken Wädeln,  
Alle Vertreter der Belegaten  
Frogen in eigenen Equipagen,  
Schicklichermeister und Deklamateure —  
Das keine Gräueln sitz neben der „Aßere“ —  
Sonntagsfreier mit Automopel,  
Snopffreier mit Gratzpattel,  
Seiergeklärte Reichendragener,  
Zwanzigstündliche Kellerbewohner,  
Lustliche aus den Zuckergärten,  
Mit vollen Wädeln und großen Wädeln,  
Unter dem wipenden Reiterhies  
Schwiegerritter im Ausgelpus,  
Der junge Mann mit den dicken Wädeln,  
Der Diätar mit den wenig Wädeln,

Niederde Wädeln, halb grüner, halb reifer,  
Gummihäuten mit Brillen und Messer,  
Nimmbar in Schutz der Verwandten  
Trippeln die mitgenommenen Tanten —  
Das sieht ich unendlich im langamen Schritt  
Und schleppt die fämtlichen Kinder mit.  
Aus dieser alten Hymne von Wolgogen,  
Vollածածառ Miesstafeln,  
Wagt der unendliche Menschenstrom  
Mit dem eigenen Herdentrone  
Durch die Straßen zur großen Parade  
Auf der Weidmühl und am Ostbade,  
Und wo im Grünen die Kreuze winkt,  
Lagt wo die Biermühle klingelt,  
Nicht er sich nieder mit Kind und Kegel  
Und ist zutrieden in der Regel.  
Denn nur wo sie mit Bier begießbar,  
Mit der Natur für ihn genießbar,  
Der Bauch wird voll, das Sien bleibt hoch —  
„Beizeiten“ kann nur der Alkohol . . .  
Odi profanum . . . S. Sonntagsquans!  
Geut kriechen wir nicht aus dem Bau heraus.  
Ernst Ludwig von Wolgogen.

„Sie“ erwidert „ihm“:  
**Antwort**  
auf das Sonntagslied.  
Gut, wir bleiben hier im Bause,  
Tun uns nützlich lang und breit!  
Wädeln Unterhallaumkeit  
Weiß die brave Gehrtrau:  
Soll ich Dich mit Unrug aniden?  
Soll ich Dir das Fälschen frau'n?  
Soll ich hies'ige Fälscher laun?  
Soll ich Deine Wädeln sählen?  
Tansen will ich Dir und singen!  
Fort das falsche Gebilde  
Nur nach hier und reibenhand; —  
Loh den Fälscherlog springen!  
Nein — wir wollen sonntagsreiten  
Auf den guten Fälscher  
Das ist in der Ueberrück  
Unter tausend Fruchtbarkeiten . . .  
Ella Laura von Wolgogen.



benen an der sozialdemokratischen Partei geschäftliche oder ähnliche Arbeit geübt wird?

Antwort: Nein! 2. Kann ein Parteigenosse Redakteur oder Mitarbeiter eines bürgerlichen Blattes sein, auf welches obige Voraussetzung nicht zutrifft?

Diese Frage ist zu bejahen, soweit Stellenungen in Betracht kommen, in denen der Parteigenosse nicht genötigt wird, gegen die sozialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen dieselbe gerichtete Angriffe aufzunehmen.

Am Interesse der Partei, insoweit sie im Interesse der in solchen Stellenungen befindlichen Parteigenossen liegt es jedoch, daß den letzteren keine Vertrauensstellungen übertragen werden, weil solche nie früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei bringen müßten.

Berlin, den 2. März 1903.

Der Parteivorstand.

Ein an die Beiwärder und deren Beleidigung anknüpfender nochmal gepflogener Briefwechsel zwischen den Beiwärderführern und dem Parteivorstand kann vorläufig zurückgestellt bleiben. Die Befragung würde nur dann zweckdienlich sein, wenn der Gegenstand der Beiwärder von einer Seite wieder aufgenommen und weiter verfolgt würde.

Halle und Umgebung.

19. August.

Die Zahl der Haushaltungen. In Halle bei der letzten Volkszählung 35.066. Darunter befinden sich 32.700 Familien-Haushaltungen, die 147.195 Köpfe vereinigen, ferner 292 Haushaltungen in Anstalten mit 6749 Köpfen und schließlich 747 Haushaltungen alleinlebender männlicher sowie 1918 mit alleinstehenden weiblichen Personen. Auf jeden Familienhaushalt kommen durchschnittlich 4,5 Köpfe. Dieser Durchschnitt ist durch ganz Deutschland ziemlich gleich; nirgends sinkt die Kopfzahl im Durchschnitt eines Verwaltungsgebietes unter vier, und nirgends steigt sie über fünf. Auffällig ist, daß betreffs der Einzelhaushalte überall dieselbe Erscheinung wahrnehmbar ist, daß nämlich unter je hundert Einzelgehenden sich nur 25 bis 40 männliche, dagegen 40 bis 75 weibliche Personen befinden. Der Altersschnitt beträgt 30,2 männliche und 60,8 weibliche Einzelgehende. Halle steht mit 28 zu 72 für die Frauen noch etwas ungünstiger da als der Reichsdurchschnitt besagt.

Unter den 147.195 Köpfen, die in 32.700 Familienhaushaltungen zusammengefaßt sind, befinden sich 129.202 Familienangehörige, 6164 Diensthöfe für häusliche Dienste und 11.829 andere Personen. 5584 Familienhaushalte bestehen aus zwei Personen einschließlich 368 Diensthöfen; 6700 Haushalte bestehen aus drei Köpfen einschließlich 817 Diensthöfen und 1075 anderen Personen; 6332 Haushaltungen umfassen je vier Köpfe einschließlich 850 Diensthöfen und 1591 anderen Personen; 5235 Haushalte zählen je fünf Köpfe einschließlich 1023 Diensthöfen und 1859 anderen Personen; 645 Haushaltungen vereinigen je sechs Köpfe einschließlich 845 Diensthöfen und 1717 anderen Personen. Es folgen noch 3744 Haushaltungen mit je sieben oder acht Köpfen (1121 Diensthöfen und 2504 andere Personen), 1098 Haushaltungen mit je neun oder zehn Köpfen (510 Diensthöfen und 1231 andere Personen) und schließlich 329 Haushaltungen mit je elf und mehr Köpfen einschließlich 630 Diensthöfen und 1424 anderen zum Haushalt gehörigen Personen. Die Zahl der je fünf Köpfen Familien ist in Halle verhältnismäßig groß; denn Magdeburg hat bei einer um 70.000 höheren Einwohnerzahl nur 340 solcher Familien, Altona bei fast 100.000 Einwohnern mehr nur 295, Berlin bei zwanzigmal so viel Einwohnern nur knapp siebenmal so viel Familien mit elf und mehr Köpfen. Auffällig groß ist die Zahl dieser fünfköpfigen Haushalte in Köln, wo bei 347.983 Einwohnern nicht weniger als 1154 Haushalte mit elf und mehr Köpfen gezählt wurden. Noch mehr solche fünferköpfige Familien gibt es in Essen, Aachen, Düsseldorf und Dortmund. Interessant ist das Kopffverhältnis der Familienangehörigen zur Zahl der Diensthöfen. Bei den weniger kopfreichen Familien kommen auf je hundert Angehörige im Durchschnitt des Reiches vier Diensthöfen; in den fünferköpfigen Familien steigt die Zahl der Diensthöfen auf fünf und sechs für je hundert Angehörige, und bei den Familien mit elf und mehr Köpfen beträgt die Zahl der Diensthöfen zehn auf je hundert Köpfe. In Halle ist die letztere Zahl sogar 14.

Reinigungsgeld.

Das Landgericht Naumburg hat gestern in einer das Reinigungsgehalt betreffenden Klage ein interessantes Urteil gefällt. Vom Schöffengericht Zeit waren die Geschw. N. und G. v. m. a. n. u. als Streitpartei je 10 Mk. Strafe und zwei Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil sie den dortigen Amtsvorsteher bei einer solche Viste nach der Gründung gekündigt hatten, nicht nochmals an Verlangen eine Mitgliederliste des sozialdemokratischen Vereins eingereicht hatten. Schiller hatte die monatliche Einreichung einer solchen Viste verlangt, weil die Viste nicht mehr überflüssig ist. N. und G. v. m. a. n. u. wollen natürlich dem Verlangen nicht nachkommen. Auch sollen die Verklagten nicht gemeldet haben, daß sie Vorstandsmitglieder seien.

Die Verteidigung für die geistige Berufungsbekämpfung hatte Justizrat Dr. Kühne aus Halle übernommen. Er führte aus:

Nach § 2 des Vereinsgesetzes ist die Mitgliederliste binnen drei Tagen nach der Gründung des Vereins einzureichen. Eine wiederholte Einreichung solcher Visten verlangt das Gesetz nicht. Daß die Viste überflüssig bleibt, dafür hat die Behörde selbst zu sorgen. Als resp. Zugänge richtig eingetragen werden. Der Amtsvorsteher hat eine solche Viste nach der Gründung erhalten; er hat sogar im Jahre darauf — 1902 — u. o. m. a. n. u. eine Viste erhalten, als er darum ersuchte. Letzter könne er solche Viste also nicht verlangen. Wenn das wiederholte Verlangen der Mitgliederliste statthaft sein sollte, so könnte ja monatelange Behörde einem Verein das Leben schwer machen. Auch im zweiten Falle hätten die Angeklagten sich nicht strafbar gemacht, denn die Anzeige, daß jemand als Vorstandsmitglied gewählt ist, ist im Gesetz nicht bestimmt. Das Kammergericht habe auch in einem ähnlichen Falle entschieden, daß der Behörde die Entscheidung die Wahl der Vorstandsmitglieder anzugehen ist, als irgend eine andere Vereinsangelegenheit, denn daß sie lediglich ein innerer Vereinsvorgang ist, demgemäß seien die Angeklagten freizupropieren.

Der Staatsanwalt beantragt die Verwerfung der Berufung. Das Urteil erging dahin, daß die Angeklagten im ersten Falle schuldig seien. Die Behörde habe wohl das Recht, eine neue Viste zu verlangen, wenn die alte Viste aus irgend einem Grunde unbrauchbar geworden sei, und daß sie hier der Fall gewesen, denn der Amtsvorsteher habe mitgeteilt, daß seine Viste unbrauchbar geworden sei. In diesem Falle sei also das Urteil des Schöffengerichts aufrecht zu erhalten. Anders sei es im zweiten Falle. Das Kammergericht habe nicht angegeben, daß die Behörde im ersten Falle nicht gemeldet haben, daß sie Vorstandsmitglieder seien, somit könne das auf

eine Behörde nicht verlangen. Die Angeklagten haben sich in diesem Falle also nicht strafbar gemacht. In Bezug auf die Straffreiheit nach den §§ 13 und 14 des Vereinsgesetzes ist das Kammergericht gegen den § 13 verurteilt, denn hier ist die Mindeststrafe 15 Mk., während das Schöffengericht auf nur 10 Mk. erkannt. Da aber das Kammergericht die erste Verurteilung nicht umändern könne, mußte es hat den 10 Mk. bleiben. Über die Höhe des Schöffengerichtes geht, wenn es Gefängnis — im Falle der Nichtzahlung — angelegt habe, da hier nur Haftstrafe zulässig sei. Demnach seien die Angeklagten zu je 10 Mk. Geldstrafe oder 2 Tagen zu verurteilen. Die Kosten fallen zu einem Teile den Angeklagten, zum anderen Teile der Staatskasse zur Last.

Da das Kammergericht erst unlängst entschieden hat, daß Mitgliederlisten nicht zweimal eingereicht zu werden brauchen, wird Revision gegen das gefällte Urteil eingelegt werden. Was nun auch infolge Unklarheit des Gesetzes ein Richter hierüber anderer Meinung sein können ist ein anderes, so muß es doch verbleiben, daß der je fünf Richter sich sowohl in Bezug auf das vom Gesetz vorgeschriebene Strafmaß als in Bezug auf die an Stelle der Geldstrafe tretende Freiheitsstrafe geeirt hat. Den Armen Vorken schigt bekanntlich die Unentzucht des Gesetzes nicht; aber wenn der Richter selbst nicht die Gesetze kennt, die er anwendet, dann müßten allerlei fieseische Gedanken auch im gutmütigsten „Unterthanen“ aufsteigen.

Zwei Schwabener Kavallerie

wurden den feierlichen Wagen begleitet, wenn Wilhelm II. am 6. September durch einige Straßen von Halle fährt. Auch zwei Kompanien Infanterie werden bereit stehen. Es sollen Ehrenkompanien sein, die den König am Bahnhof empfangen. Das Volk weiß schon, wie das gemeint ist. Die neben dem Wagen herziehenden Reiter lassen die Möglichkeit, daß die Reuegerigen den Monarchen sehen, wollems verhindern. Schadet nichts, da hat man wenigstens den Wagen gesehen.

Die Gewerbegerichtsbeisitzer

aus den Kreisen der Arbeitnehmer sind an die Arbeitgeber-Beisitzer mit dem Grünen herangezogen, mit ihnen gemeinsam den Vorsitzenden des Gewerbegerichts zu bilden, eine gemeinsame Veranlassung anzuvernehmen, in der folgenden Artzunft gestellt werden soll: 1. Das Gewerbegericht Halle bittet den Bundesrat resp. Reichstag, dem Hauptantrag, betreffend die a. a. m. a. n. u. n. e. i. t. die Zustimmung zu erteilen, und die Bedingungen, welche den Mitgliedern in die Amtsperiode einzuweisen, abzuleiten. 2. Das Gewerbegericht Halle wolle seinen Beitritt zum Verban und deutscher Gewerbegerichts erklären.

Befanntlich steht den Gewerbegerichten nach Paragraph 75 des Gewerbegesetzes das Recht zu, durch Eingaben an Behörden z. ihren Wünsche Ausdruck zu verleihen. Der Vorsitzende des hiesigen Gewerbegerichts hat sich bisher zu den Anträgen ablehnend verhalten, so daß sich die oben erwähnte Umfrage, deren Resultat heute eingeholt werden wird, nötig machte. Die Hall. Ztg. schreibt, daß die Arbeitgeber-Beisitzer nicht geneigt seien, diesen von sozialdemokratischer Seite gemachten Vorschlag zuzustimmen. Offensichtlich ist die Befürchtung nicht zu rückständig als das Dunkel, daß ein Vorschlag nur deshalb nicht aufkommt, weil er von Sozialdemokraten kommt und deshalb glaubt, sich nicht zu äußern. Das Ergebnis der Umfrage wird morgen bekanntgegeben werden. Wenn die Sitzung vor dem 11. September stattfinden würde, dann könnte nach der Antrag gestellt werden, außer dem Vorsitzenden in einen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Beisitzer nach Dresden zu dem diesjährigen Verbandstage deutscher Gewerbegerichte zu delegieren.

\* Maßregelungen. Wie aus der Handels- und Transportarbeiter-Verband mittel, sind beim Führerwerkzeuge Sippert, Hiesigerstraße, vier Verbandsmitglieder entlassen wegen Kopfgewandern. Aus gleicher Ursache sind vor einigen Tagen schon drei Mann hinausgeworfen. Die Arbeiter haben eine Forderung von zwei Mark pro Woche verlangt, der Unternehmer bewilligte eine Mark, entließ aber dann die Verbandsmitglieder. Näheres folgt.

\* Neue Prüfungs-Ausschüsse. Für öffentlichen Kenntnis wird gebracht, daß von der Handwerkskammer nunmehr auch für das Gebäu- und Photogrammen-Handwerk besonders gebildet Ausschüsse zur Abnahme der Gesellen-Gehalts-Bestimmungen gemäß § 151b der Gewerbeordnung errichtet werden sind.

\* Aus hiesige Diakonissenhaus gebracht wurde der Arbeiter Kriegsdienst, der auf dem Magelichen Gute in Oppin einen bedauernswerten Unglücksfall erlitt. Er war bei dem Getreidefahren auf dem Felde beschäftigt. Als er zur Frühstuhlpause von einem bereits hoch gelobenen Bilde an der Erde herunterstürzte, geriet er so unglücklich an der Stelle einer an dem Grunde lebendigen Heißgabel, daß ihm die Spitze durch eine besonders empfindliche Stelle des Unterleibes drang.

C. S. Könnern. An alle Arbeiter von Könnern! Da der Schützenhauswirt dem neuen Verein frohe Zukunft seinen Saal zur Beiragung und Versammlung zur Verfügung gestellt hat, so werden die Arbeiter, um recht zahlreichen Besuch zu geben, mit allen Kräften den Beitritt unterstützen. Die Arbeiter von Könnern und Umgebung machen wir gleichzeitig darauf aufmerksam, den Schützenhausmeister Gemeinde links liegen zu lassen, und ihre Bedürfnisse bei Herrn Simon zu befriedigen, dieser liest das Volksblatt.

Aus den Nachbarreisen.

\* Giesleben. Mansfelder Gewerkschafts-Humanität. Folgendes Schreiben ging dem Verganum Friedrich Eck zu Bergedorf auf, was die Mitglieder der Gewerkschaft Halle wegen ungesetzlicher Entlassung aus der Arbeit zu. Derselbe gehört zu den bereits gemeldeten wackeren Altsdorfer Bergleuten, welche wegen Ausübung ihres ihnen gesetzlich garantierten freien und geheimen Wahlrechts deshalb angeklagt wurden. Das Schreiben lautet: Königlich Preuss. Bergamt. Halle (Saale), den 4. Aug. 1903. No. 9678.

Auf die Eingabe vom 7. Juli 1903 gerichtet Ihnen zum Beschiede, daß nach den von uns anstellten Ermittlungen Ihre Entlassung aus der Arbeit erfolgt ist, weil Sie dringend verdächtig sind, sich der Verhöhnung Ihrer Kameraden gegen die Mansfelder Gewerkschaft schuldig gemacht zu haben.

Die Gewerkschaft hat bei der Kündigung der Arbeit innerhalb der ihr nach den §§ 81 und f. des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1895 Nr. 2 und nach den Bestimmungen der auf den Betrieb der Mansfelder Gewerkschaft alltäglichen Arbeitsordnung vom 15. Dezember 1892 zutreffenden Bestimmungen geordnet. Wir sind daher nicht in der Lage, in diesem Falle zu Ihren Wünschen einzutreten.

An den Verganum, Herrn Friedrich Eck zu Bergedorf.

Wenn die Mansfelder Gewerkschaft so fest ist, daß der gewerkschaftliche Arbeiter seine Kameraden angeseht, warum gibt das Bergamt denn nicht an, worin der Verlegung der Angeklagten liegt? — Auf den ersten Bedacht hin sollten doch vernünftige Menschen nicht über einen tüchtigen Arbeiter die Quersperre des Bergamtes setzen.

Berndorf. Sittlichkeitsverbrechen. Am Sonntag frühmorgens wurde der Verganum Herr R. von der Bergstadt Giesleben angeklagt. Er ist beschuldigt zu sein, verheirateten Molen an kleinen Mädchen vergangen zu haben.

Sangerhausen. Die Ferien „Erholung“. Ueber dieses Thema berichtete das Volksblatt vor kurzem unter Sangerhausen und jetzt was unsere heutige herrliche Weltung mit sich bringt. Die Welt-Ordnung, seitig allerwärts die besten Begleiterinnen. Allgemein ist bekannt, daß besonders auf dem Lande der Ortsfremde, (ein „Kollektander“), mit dem Orts-Inspektoren (Kaufmann), den Beamten und die Begründung der „Erholungs“-Ferien besteht. Zum Rübenwachsen sowie sonstigen landwirtschaftlichen Arbeiten könnte jeder Arbeiter mindestens ein Dutzend ausbeutungsfähiger Kinder haben. Während der Zeit des Mehrerlebens oder Kartoffel- und Rübenpflanzens müßten jedoch alle Arbeiterkinder eingepfercht werden. Ein Gesetz hierzu ist noch dringender notwendig.

In einem Nachbarort wurde vor kurzem durch Ausschließen des betreffenden Grundstücksbesizers gefehlet. Nach abends 12 Uhr dürfen keine Lehrer mehr gelehen werden. Da aber Lehrer und Kinder, die als Mehrerleiner in Frage kommen, bis 7 Uhr und auch noch länger arbeiten müssen, und der Abschluß ihrer Anwesenheit der hiesigen Schule zu dieser Zeit, so ist das Ausschließen kein unmöglich gemacht, falls nicht an — Negativen Ergebnis zum Ausschließen erteilt wird. Beilage genog, entließ der Schulle eine Nachbarort im vorigen Jahre einen Arbeiter, weil dieser einem Kameraden gegenüber erklärt hatte, sowie ein junges Weibz nicht mehr seine eigene Tochter liebte, falls man dieselbe zu zeitig anjahne, so ginge es auch dem Kinde. Derartige staatsgefährliche Gedanken konnten dem Arbeiter nur durch eine Gungkur ausgetrieben werden. Trotz alledem wunderte man sich noch über die „Vernunft“ auf dem Lande.

Sittlichkeitsverbrechen. Als der 17-jährige Gehrling Scholz in ein Weibz bei der Polizei wegen eines Sittlichkeitsverbrechens brachte, sich erich plötzlich mit einem Weibz verlobt zu haben, so daß er sofort in ärztliche Behandlung gegeben werden mußte. Die Verlobung soll lebensgefährlich sein. Das Vergehen ist in einem jährigen Kinde ergangen worden.

Wittenberg. Walfotte-Mord. Das Gewerbegerichts-Karrell hält am Sonntag, den 22. August, abends 8 Uhr einen Resolutionsabend des auch hier gemogten bekannten Respektators Herrn Walfotte ab, und zwar im Kröppringen zu Klein-Wittenberg. Die Arbeiterzeitung von Wittenberg und Umgebung wird an diesem Tage zeigen, daß sie den Bestimmungen eines Wahnes, der seine Kunst dem Volk widmet, volle Würdigung und volles Verständnis entgegenbringt. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.)

Wewelsdorf. Walfotte-Mord. Nächste Sitzung Freitag, den 21. d. M., bei 10 Uhr. Die Delegierten sowie Gewerbegerichte werden im Interesse der Angeklagten durch die Wege Abrechnung vom Gewerbegerichtsamt müssen die noch ausstehenden Karten z. schnelligst abgeliefert werden. \* Die Wunderblume. Eine hiesige Firma bringt die Zwiebeln der Herbstzeitlose, einer äußerst giftigen Pflanze, in den Handel und das Logoblat hat nichts Besseres zu tun, als diese Zwiebeln zu zertern, tuberkulösen Kindern zu empfehlen. Es dürfte sich doch empfehlen, diese Blumen dahin zu werfen, wohin sonst alle wertlosen Gegenstände befördert werden. Solche giftige Blumen gehören nicht gepflanzt, sondern, vernichtet zu werden.

Zeit. Sein Kind ins Wasser werfen wollte am Montagabend der Arbeiter Berger. Berger ist dem Trunke ergeben, so daß seine Frau ihn nicht mehr bei sich aufnehmen wollte. Aus Mache nahm B. seinen dreijährigen Knaben mit und wollte ihn bei der Mittelmeile in den Mühlgraben stoßen. Vorübergehende Passanten hinderten ihn daran und führten seine Verhaftung herbei.

Zeichnern. Durch hereinbrechende Kohlenmassen verunglückte am 17. August früh 8 Uhr der Führer Albert Fleischer aus Ladau auf Grube „Leubnis“ bei Trebnitz, derselbe mußte von seinem Kameraden von den hereinströmenden Kohlenmassen befreit werden. Die Verletzung ist derartig, daß sich Aufnahme im Krankenhaus Bergmannstr. nötig machte.

Naumburg. Neue Subventionen. Die Zimmer- und Heizungsarbeiten für den Neubau des Naumburger Gymnasiums sind im hiesigen Ausdrucksvergehen. Da dann man wieder auf eigene Rechnung empfangen haben.

Weißenfels. Unfall bei der Säehabung. In dem Gelände zwischen Britz, Gröblich, Kroschin und Weisa hielt die königliche Unterforstverwalter Weissefels am Donnerstag und Freitag eine Säehabung mit idarhen Barren. Dabei ereignete sich dadurch ein Unfall, daß zu einer im Laufe eines Gehens stehenden idarhen Barre ein Arbeiter, ein Weissefels, hineingelassen wurde. Durch den Druck explodierten beide und der betreffende Mann erlitt eine Verletzung des Armes, die seine sofortige Ueberführung ins hiesige Lazarett nötig machte.

Zum Bahnhofsneubau sind die Kosten auf circa 2 Millionen Mark geschätzt. Die Vorlage hierüber wird bereits dem kommenden Landtage zugehen und ist zu erwarten, daß eine Summe von 800.000 Mk. als erste Rate in den Etat für das nächste Jahr eingestellt wird. U. a. sollen Unterführungen vom Empfangsgebäude zu den Wohnhäusern von 18 bzw. 19 Meter Breite gebaut, weiter soll das Schienenetz erweitert und mehr noch dem der Reichsbahn zu belegen. Zerrainverhältnisse werden. Mit diesen Zahlen soll aber zugleich eine Ueberführung über die Bahn ausgeführt werden, durch welche der Wiederaufbau von der Saalebrücke zur Wertheberger Straße befestigt wurde. Die Stadt hat zum Bau der Ueberführung eine Summe von 50.000 Mk. in Aussicht gestellt.

Salberstadt. Unglücksfälle. In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde ein fremder Mann auf dem Domplatz angefallen. Derselbe gab an, er lie hier zugereist und in der Balastrasse niedergefallen worden. Er habe sich dann nach bis zum Domplatz geschleppt, wo er betäubungslos zusammengefallen sei. Der Mann war derartig schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Mann, welcher vor einigen Tagen in die Wöhne führte, wird mittels zweier Krane wieder herausgehoben. Die Arbeiter haben gestern mittag begonnen. Wie es den verunglückten Arbeiter geht, darüber ist noch nichts bekannt.

An die Parteigenossen von Lützen u. Amberg.

Der Sozialdemokratische Verein, Diriftritz Lützen, hat beschlossen, am Sonntag, den 30. August, in S ch w e i g w i s ein Sommerfest abzuhalten. Die Parteigenossen selbst Parteifreunden werden auf diese Veranstaltung hiedurch freundschaftlich aufmerksam gemacht. Wir müssen auf diese Weise unserer Part, der wir sein Sozial stets zur Verfügung stellt, entgegenkommen und ihm auch einmal eine größeren Einnahme verhelfen. Darum auf am 30. August nach Schwesim. Der Diriftritzleiter.

Beantwortlicher Redakteur: Robert Sette in Halle.